

■ ZÜGIGE KONJUNKTUR- ERHOLUNG

PROGNOSE FÜR 2002 UND 2003

Die Erholung der Konjunktur in den USA wird im Laufe des 1. Halbjahres auch auf Europa ausstrahlen und hier einen deutlichen Aufschwung auslösen. Die Umfrageergebnisse und Daten der letzten Monate bestätigen diese Einschätzung. Die WIFO-Wachstumsprognose vom Dezember kann deshalb unverändert beibehalten werden.

Die heimische Konjunktur wird sich im Laufe dieses Jahres zügig erholen. Von Quartal zu Quartal wird die Wirtschaftsleistung um $\frac{1}{2}\%$ bis $\frac{3}{4}\%$ saisonbereinigt zunehmen. Gegen Jahresende ergibt sich damit bereits ein reales Wirtschaftswachstum von mehr als $2\frac{1}{2}\%$. Wegen der gedrückten Ausgangsposition zu Jahresbeginn wird die Rate für das Jahr 2002 jedoch nur $+1,2\%$ betragen, 2003 dürfte sie mit $+2,8\%$ deutlich über dem mittelfristigen Trend liegen.

Diese Prognose baut auf einer Konjunkturerholung in den USA und in Europa auf. Dafür sprechen alle vorauseilenden Indikatoren: die Stimmung der Wirtschaft in allen wichtigen Ländern sowie die niedrigen Zinssätze. Die größte Unsicherheit geht derzeit von den politischen Turbulenzen im Nahen Osten aus, die den Erdölpreis hoch halten bzw. weiter in die Höhe treiben könnten.

Die Inflationsprognose muss leicht angehoben werden, weil die Rohölpreise über den Erwartungen liegen. Die Verbraucherpreise werden heuer um $1,7\%$ steigen, um 1 Prozentpunkt schwächer als im vergangenen Jahr.

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich die Wende noch nicht ab. Im Jahresdurchschnitt 2002 werden die Arbeitsmarktdaten ungünstiger ausfallen als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote (laut traditioneller Berechnungsmethode) erhöht sich von $6,1\%$ auf $6,7\%$. Im Jahr 2003 ist jedoch mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer deutlichen Ausweitung der Beschäftigung zu rechnen.

Der Staatshaushalt war 2001 zum ersten Mal seit 1974 ausgeglichen. Dieses Resultat ist überwiegend auf einen starken Anstieg der Abgabenquote zurückzuführen. Das Defizit wird auch 2002 und 2003 nahe der Null-Marke liegen. Heuer wird die Realisierung eines ausgeglichenen Budgets durch die Folgen der Konjunkturschwäche erschwert. Im nächsten Jahr wird sich die Wirtschaft zwar günstiger entwickeln, aber eine Reihe budgetärer Sondereinnahmen wird wegfallen. Deshalb gibt es kaum Spielraum für eine Steuerreform, ohne den Pfad des Nulldefizits zu verlassen.

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1999	2000	2001	2002	2003	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 2,8	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 2,8	
Nominell	+ 3,5	+ 4,2	+ 2,9	+ 2,4	+ 4,0	
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 3,4	+ 7,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 5,0	
Private Konsumausgaben, real	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,3	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 1,5	+ 5,1	- 1,5	+ 0,3	+ 4,1	
Ausrüstungen ²⁾	+ 4,3	+11,1	- 0,8	+ 1,8	+ 7,0	
Bauten	- 0,7	+ 0,3	- 2,2	- 1,0	+ 1,5	
Warenexporte ³⁾						
Real	+ 7,7	+13,1	+ 5,4	+ 4,0	+ 8,5	
Nominell	+ 7,0	+15,6	+ 6,8	+ 4,5	+10,1	
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 6,9	+10,9	+ 2,9	+ 3,0	+ 7,6	
Nominell	+ 6,7	+14,7	+ 5,0	+ 3,5	+ 9,8	
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 6,33	- 5,71	- 4,80	- 4,28	- 5,04
	in % des BIP	- 3,2	- 2,8	- 2,3	- 2,0	- 2,2
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	4,7	5,6	5,1	5,5	5,7
Verbraucherpreise		+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,4
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		3,9	3,7	3,6	3,9	3,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		6,7	5,8	6,1	6,7	6,5
Unselbständig Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,8
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	- 2,4	- 1,7	- 0,1	- 0,4	± 0,0

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenz- bzw. Kindergeld.

REZSSION IN DEN USA DURCH ANTIZYKLISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK RASCH ÜBERWUNDEN

Die Wirtschaft der USA trat im II. Quartal 2001 in eine Rezession ein. Die Geld- und Fiskalpolitik reagierte darauf massiv, sodass der Konjunkturreinbruch trotz des Schocks der Terroranschläge relativ rasch überwunden werden konnte. Das BIP entwickelte sich zur Jahreswende günstiger als erwartet, und die Frühindikatoren deuten auf eine weitere Konjunkturerholung hin.

In den USA hat die Konjunktur den unteren Wendepunkt durchschritten, die Hinweise auf eine bereits begonnene Erholung verdichten sich. Der Lagerabbau scheint abgeschlossen, und der Einkaufsmanagerindex als wichtiger Leading Indicator weist steil aufwärts. Vieles spricht dafür, dass die Rezession in den USA, deren Beginn vom NBER mit März 2001 datiert wurde, zu Ende ist.

Die Fed senkte die Taggeldsätze im Gefolge der Terroranschläge massiv bis auf 1¾%. Die realen kurzfristigen Zinssätze sanken gegen null und wirkten ähnlich wie in der Rezession 1991/92 konjunkturbelebend. So entwickelte sich die Wirtschaft im IV. Quartal – unmittelbar nach den Terroranschlägen – überraschend günstig, das reale BIP wuchs mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 1,7%. Die Ausgaben des Staates (für Verteidigung) und die von niedrigen Zinssätzen und Rabattaktionen

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1999	2000	2001	2002	2003	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 3,1	+ 3,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 3,1	
USA	+ 4,1	+ 4,1	+ 1,2	+ 1,8	+ 3,3	
Japan	+ 0,7	+ 2,4	- 0,5	- 1,0	+ 1,0	
EU	+ 2,6	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,9	
Euro-Raum	+ 2,7	+ 3,4	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,9	
Deutschland	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 2,5	
Ost-Mitteleuropa ¹⁾	+ 3,2	+ 3,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 3,0	
Welthandel, real	+ 6,2	+12,9	+ 0,3	+ 3,0	+ 8,8	
OECD-Exporte	+ 5,4	+12,0	- 0,3	+ 1,5	+ 8,0	
Intra-OECD-Handel	+ 7,8	+11,6	- 1,0	+ 1,0	+ 6,8	
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 7,3	+13,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 7,0	
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾						
Insgesamt	+12,0	+31,0	-11,0	- 1,0	+ 5,0	
Ohne Rohöl	- 8,0	+ 1,0	- 7,0	- 3,0	+ 3,0	
Erdölpreis ⁴⁾	\$ je Barrel	17,3	28,0	24,5	24,5	26,0
Wechselkurs	\$ je ECU bzw. Euro	1,067	0,924	0,896	0,90	0,90

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

beflügelten Käufe der privaten Haushalte waren primär dafür verantwortlich.

Aufgrund der zur Jahreswende unerwartet hohen Wirtschaftsleistung kann die Wachstumsprognose 2002 für die USA angehoben werden. Das BIP dürfte heuer um 1¾% und 2003 um 3¼% wachsen. Das niedrige Zinsniveau wird erfahrungsgemäß die Bautätigkeit anregen, und die Verbesserung der Stimmung wird sich in einer Erholung der Investitionstätigkeit niederschlagen. Die Entwicklung des privaten Konsums ist wegen der niedrigen privaten Sparquote und der schwankenden Konsumentenstimmung unsicher.

Für Japan muss die Prognose nach unten revidiert werden, die Wirtschaftsleistung dürfte heuer weiter schrumpfen. Allerdings zeigen sich in der japanischen Industrie nach der Yen-Abwertung erste Hinweise auf eine Erholung. In Südamerika breitete sich die schwere Krise in Argentinien – im Gegensatz zur Südostasienkrise 1998 – nicht auf den ganzen Kontinent aus.

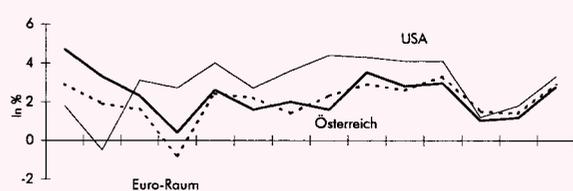
AUFSCHWUNG IN DEN USA ZIEHT DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT MIT

Ähnlich wie im Abschwung laufen auch jetzt in der Erholungsphase die Stimmungsindikatoren in Europa und den USA weitgehend parallel – ein Ausdruck der zunehmenden Globalisierung und Internationalisierung der Unternehmen. Die Konjunkturverflechtung erfolgt nicht nur über den Außenhandel, sondern immer mehr über die Investitionstätigkeit, die Aktienkurse und die Zinssätze.

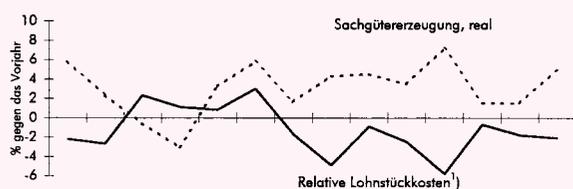
Die europäische Wirtschaft war im vorhergehenden Aufschwung weit hinter jener der USA zurückgeblieben und war auch von der Konjunkturabschwächung weniger betroffen. Das Bruttoinlandsprodukt der EU-Staaten stieg im Jahr 2001 um 1,7% und wird heuer mit ähnlichem

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

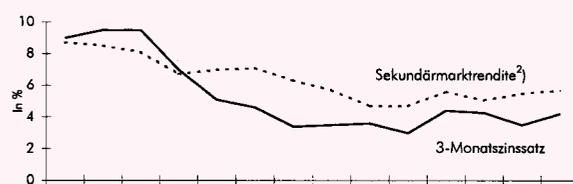
Wirtschaftswachstum



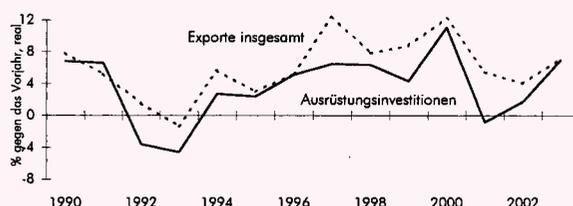
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



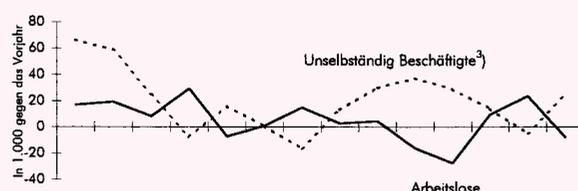
Kurz- und langfristige Zinssätze



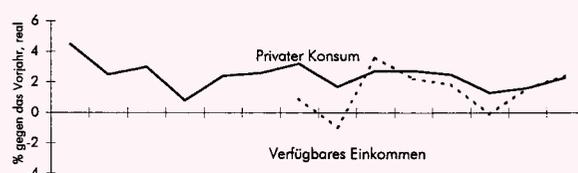
Export und Investitionen



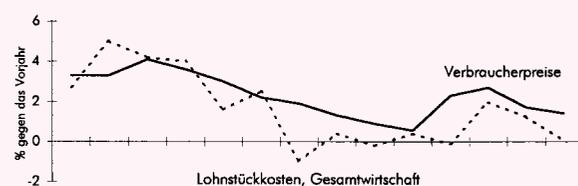
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



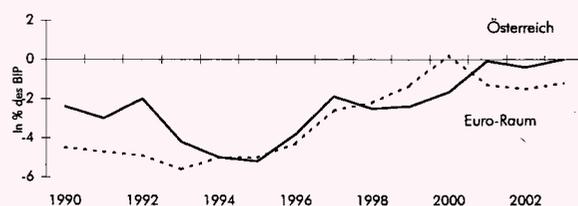
Konsum und Einkommen der privaten Haushalte



Preise und Lohnstückkosten



Finanzierungssaldo des Staates



1) In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 3) Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzgeld.

Tempo zunehmen (+1,5%). Erst 2003 ist wieder mit höheren Wachstumsraten (knapp +3%) zu rechnen.

Im 2. Halbjahr 2001 stagnierte die Wirtschaft der EU saisonbereinigt, gegenüber dem Vorjahr wuchs sie um nur etwa 1%. Nach allen vorausseilenden Indikatoren ist auch in Europa die Konjunkturwende im Gange. Die Stimmung der Unternehmer verbessert sich seit einigen Monaten. Dazu tragen die Erholung in den USA, niedrigere Zinssätze und das Ende des Lagerabbaus bei. Zunächst stabilisierten auch die Rohölpreise die Konjunktur, in den letzten Wochen sind sie jedoch zu einem Unsicherheitsfaktor geworden.

Der Euroframe-Indikator der europäischen Wirtschaftsforschungsinstitute lässt für den Euro-Raum ein Wachstum von 1,4% im I. und 1,8% im II. Quartal erwarten. Dieser Indikator scheint die Obergrenze abzustecken. In einer sensiblen Konjunkturphase können negative Schocks (Rohölverteuerung) die Erholung noch bremsen.

2001 unterschied sich die Wirtschaftsentwicklung zwischen den einzelnen EU-Ländern relativ stark. In Spanien, Frankreich und Großbritannien wuchs die Wirtschaft um 2% bis 2¾%, in Deutschland um nur ½%. Hier kam das Wachstum bereits im II. Quartal 2001

zum Stillstand, im III. und IV. Quartal sank das BIP saisonbereinigt.

Der Export wuchs in Deutschland 2001 relativ kräftig, die Binnennachfrage blieb jedoch trotz der Steuersenkung hinter dem EU-Durchschnitt zurück. Die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen brachen ein. Zu Jahresbeginn hellte sich allerdings die Stimmung in der deutschen Industrie auf. Der ifo-Geschäftsklimaindex weist seit einigen Monaten aufwärts. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte die deutsche Wirtschaft um ¾%, im Jahr 2003 um 2½% expandieren.

Von der Schwäche der wichtigsten Absatzmärkte sind auch die ostmitteleuropäischen Länder betroffen. In Polen stagniert die Wirtschaft, Ungarn erzielt dagegen beträchtliche Zuwächse. Mit der Erholung in der EU wird die BIP-Steigerung in Ost-Mitteuropa 2003 rund 3% erreichen.

RASCHES SAISONBEREINIGTES WACHSTUM

Die österreichische Wirtschaft wuchs 2001 um nur 1%. Österreich war damit gemeinsam mit Deutschland, Finnland und Belgien Schlusslicht in der EU. Neben der

Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	Mrd. €			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Real (zu Preisen von 1995)						
Land- und Forstwirtschaft	4,44	4,44	4,44	+1,1	±0,0	±0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	41,00	41,61	43,69	+1,5	+1,5	+5,0
Energie- und Wasserversorgung	5,55	5,66	5,78	-0,8	+2,0	+2,0
Bauwesen	13,64	13,50	13,71	-2,7	-1,0	+1,5
Handel ²⁾	24,46	24,70	25,32	-0,0	+1,0	+2,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,37	7,52	7,75	+6,5	+2,0	+3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,36	14,58	14,87	+1,5	+1,5	+2,0
Kreditinstitute und Versicherungen	13,43	13,83	13,97	-0,9	+3,0	+1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	26,56	27,04	27,71	+2,0	+1,8	+2,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	11,44	11,32	11,32	-1,7	-1,0	±0,0
Sonstige Dienstleistungen	25,81	26,20	26,98	+1,8	+1,5	+3,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ³⁾	188,05	190,40	195,54	+0,8	+1,3	+2,7
Bruttoinlandsprodukt	197,64	199,97	205,50	+1,0	+1,2	+2,8

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

internationalen Konjunkturabschwächung wirkten die Baukrise und die restriktive Budgetpolitik bremsend. Eine Verringerung der Sparquote der privaten Haushalte um fast ¾ Prozentpunkte und eine deutliche Steigerung

Die heimische Konjunktur wird im Laufe dieses Jahres spürbar anziehen. Das reale BIP sollte gegenüber der Vorperiode schon ab dem I. Quartal 2002 deutlich steigen. Im Vorjahresvergleich wird das Wirtschaftswachstum aber im 1. Halbjahr noch sehr niedrig bleiben, erst im IV. Quartal und im Jahr 2003 wird die BIP-Steigerung den mittelfristigen Trend erreichen bzw. übertreffen.

der Exportmarktanteile verhinderten einen massiveren Einbruch. Die Exporte entwickelten sich wesentlich günstiger als im Euro-Raum, der private Konsum etwas schwächer. Die Bauinvestitionen blieben zurück, sie wurden um 2% eingeschränkt. Teils mögen die Unternehmen anstelle von Investitionen ihre Steuern früher gezahlt haben, um Zinszahlungen zu vermeiden.

Die österreichische Wirtschaft erlebte 2001 den stärksten Konjunkturerfolg seit der Rezession 1993. Im II. Quartal stagnierte die heimische Wirtschaftsleistung, im III. und IV. Quartal ging sie gegenüber dem Vorquartal zurück. Nunmehr scheint die Talsohle der Konjunktur erreicht zu sein. Die Stimmung der Unternehmer verbesserte sich im März zum dritten Mal in Folge. Vor allem jene Indikatoren, die in die Zukunft gerichtet sind, zeigen deutlich aufwärts. Die aktuelle Lage wird noch relativ vorsichtig beurteilt.

Entwicklung der Nachfrage

	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	Mrd. €			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Real (zu Preisen von 1995)						
Konsumausgaben insgesamt	148,36	150,01	152,80	+0,9	+1,1	+1,9
Private Haushalte ¹⁾	111,24	113,02	115,61	+1,3	+1,6	+2,3
Staat	37,12	37,00	37,18	-0,2	-0,3	+0,5
Bruttoinvestitionen	45,88	45,91	48,16	-2,6	+0,1	+4,9
Bruttoanlageinvestitionen	45,43	45,56	47,44	-1,5	+0,3	+4,1
Ausrüstungen ²⁾	21,45	21,82	23,35	-0,8	+1,8	+7,0
Bauten	23,98	23,73	24,09	-2,2	-1,0	+1,5
Vorratsveränderung ³⁾	0,45	0,36	0,72			
Statistische Differenz	0,40	0,00	0,00			
Inländische Verwendung	194,65	195,92	200,96	+0,1	+0,7	+2,6
Exporte	104,05	108,25	116,03	+5,5	+4,0	+7,2
Reiseverkehr	10,46	10,70	11,07	+5,3	+2,3	+3,4
Minus Importe	101,06	104,20	111,49	+3,6	+3,1	+7,0
Reiseverkehr	8,16	8,24	8,40	+2,7	+1,0	+2,0
Bruttoinlandsprodukt	197,64	199,97	205,50	+1,0	+1,2	+2,8
Nominell	210,70	215,74	224,30	+2,9	+2,4	+4,0

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Die statistischen Daten und Stimmungsindikatoren bestätigen die WIFO-Einschätzung im Rahmen der Dezember-Prognose. Die Konjunkturprognose bleibt deshalb unverändert. Die Wirtschaftsleistung wird heuer von Quartal zu Quartal saisonbereinigt merklich zunehmen, für den Jahresdurchschnitt ergibt sich damit jedoch ein Anstieg um nur 1,2%.

Im Jahr 2003 sollte das Wirtschaftswachstum mit 2,8% bereits deutlich über dem mittelfristigen Trend liegen. Diese Prognose setzt eine einigermaßen stabile Situation auf den Rohölmärkten voraus.

HOHE ZUWÄCHSE VON EXPORT UND SACHGÜTERPRODUKTION ERST 2003

Die Ausfuhr hielt den Abschwächungstendenzen aus dem Ausland lange Zeit relativ gut stand, im Herbst geriet sie jedoch in den Sog des internationalen Abschwungs. Im Jahr 2001 gewannen die österreichischen Exporteure auf den Weltmärkten Marktanteile: Das Marktwachstum Österreichs (Importe der Partnerländer) betrug rund 3%, die realen Exporte wurden jedoch um 5½% gesteigert. Besonders kräftig expandierte die Ausfuhr in die erdölproduzierenden Länder (OPEC, frühere UdSSR).

Im 1. Halbjahr 2002 muss mit einer geringen Ausfuhrdynamik (im Vorjahresvergleich) gerechnet werden. Das Wachstum der Warenexporte dürfte 2002 nur 4% betragen, sich jedoch 2003 auf 8½% beschleunigen.

Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung wird stark durch die Dynamik des Exports bestimmt. Ähnlich wie im Export wird der Vorjahresabstand der Produktion deshalb im Jahresdurchschnitt 2002 noch gering bleiben (+1½%), im Jahr 2003 jedoch auf +5% steigen.

Diese Prognose wird auch durch die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests untermauert: Die Industrieunter-

Produktivität

	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Gesamtwirtschaft					
Bruttoinlandsprodukt, real	+2,8	+3,0	+1,0	+1,2	+2,8
Erwerbstätige ¹⁾	+1,2	+0,5	+0,2	-0,2	+0,7
Vollzeitaquivalent	+1,0	+1,3	+0,1	-0,3	+0,6
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+1,5	+2,5	+0,8	+1,4	+2,1
Vollzeitaquivalent	+1,8	+1,6	+0,9	+1,5	+2,2
Sachgütererzeugung					
Produktion ²⁾	+3,4	+7,2	+1,5	+1,5	+5,0
Beschäftigte ³⁾	-0,7	+0,0	+0,2	-2,3	-0,2
Stundenproduktivität ⁴⁾	+4,8	+7,3	+1,9	+3,9	+5,1
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	-0,6	-0,1	-0,6	±0,0	+0,1

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

nehmen schätzen die Wirtschaftslage im I. Quartal 2002 wesentlich günstiger ein als im Vorquartal, die Mehrheit der Unternehmen erwartet einen Produktionsanstieg. Am deutlichsten zeigt sich die Verbesserung im Bereich der Vorprodukte.

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen hat sich laut WIFO-Investitionstest schon Mitte 2001 erheblich verschlechtert. Die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung belegen dies: Die realen Ausrüstungsinvestitionen blieben 2001 um fast 1% unter dem Vorjahresergebnis. Sie werden erst im nächsten Jahr wieder kräftig steigen, sobald sich die Exportdynamik gefestigt hat.

TOURISMUS WEITER EXPANSIV

Der Tourismus entwickelte sich im abgelaufenen Jahr sehr günstig. Die realen Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr stiegen um 5%. Nach dem 11. September wurde Österreich für Gäste aus Europa attraktiver, die ihr Reiseziel ohne Flugzeug erreichen wollten.

Die Qualitätsverbesserung des Angebotes setzte sich fort. Die Zahl der Gäste nahm in 4- und 5-Sterne-Hotels beträchtlich zu, in einfachen Privatquartieren dagegen ab. Diese Strukturverbesserung hatte zur Folge, dass sich die Ausgaben je Nächtigung merklich erhöhten.

In diesem und im nächsten Jahr sind nicht mehr so hohe Zuwächse zu erwarten, weil die internationale Konjunkturschwäche mit Verzögerung die Reisefreudigkeit dämpfen wird. Die Wertschöpfung des Beherbergungs- und Gaststättenwesens dürfte aber weiterhin etwas rascher wachsen als der Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz wird 2002 und 2003 um jeweils etwa 200 Mio. € steigen und zur Verbesserung der Leistungsbilanz beitragen.

Das Defizit der Leistungsbilanz verringerte sich 2001 nach vorläufigen Berechnungen um fast 1 Mrd. €. Dazu trugen neben dem Reiseverkehr auch die sonstigen Dienstleistungen (Transport) und die nicht aufteilbaren Leistungen (NAL) bei. Auch heuer dürfte der Abgang der Leistungsbilanz niedriger ausfallen.

Konsum, Einkommen und Preise

	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Private Konsumausgaben¹⁾	+2,7	+2,5	+1,3	+1,6	+2,3
Dauerhafte Konsumgüter	+9,4	+3,9	-2,6	+1,5	+3,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+1,8	+2,3	+1,9	+1,6	+2,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+2,2	+1,8	-0,1	+1,6	+2,4
Sparquote der privaten Haushalte	7,7	6,7	6,0	6,2	6,7
In % des verfügbaren Einkommens					
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Direktkredite an inländischen Nichtbanken (Jahresendstände)	+5,2	+6,7	+3,5	+3,8	+5,0
	In %				
Inflationsrate					
National	0,6	2,3	2,7	1,7	1,4
Harmonisiert	0,5	2,0	2,3	1,6	1,4
Kerninflation ²⁾	0,6	1,0	2,3	2,0	1,6

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

NEUERLICHER RÜCKGANG DER BAUPRODUKTION

Die Bauwirtschaft wurde vom Konjunkturreinbruch und den Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte wesentlich stärker in Mitleidenschaft gezogen als die Sachgüterproduktion. Ihre Wertschöpfung schrumpfte 2001 um 2¾%. Die Krise schlug sich auch in einem Abbau von Beschäftigten (-10.000) und einem markanten Anstieg der Arbeitslosigkeit nieder.

Besonders betroffen war der Wohnungsneubau, aber auch im Bürobau traten Überkapazitäten auf. Der Tiefbau stabilisierte sich im 2. Halbjahr. Im jüngsten WIFO-Konjunkturtest schätzten die Bauunternehmen die Lage im Tiefbau jedoch ungünstiger ein als im Hochbau, obwohl die Planungen von Asfinag und SCHIG für 2002 eine merkliche Steigerung der Ausgaben vorsehen.

Die Maßnahmenpakete der Bundesregierung und der Landesregierungen werden zur Stabilisierung der Baukonjunktur beitragen. Ein weiterer Produktionsrückgang (-1%) wird heuer jedoch nicht zu vermeiden sein. Erst im Jahr 2003 ist mit einem leichten Zuwachs zu rechnen. Vor allem der Wirtschaftsbau wird im Zuge des Konjunkturaufschwungs neue Impulse erhalten. Die gesamte Bauproduktion dürfte aber noch einige Jahre hinter dem BIP-Wachstum zurückbleiben.

KONSUMAUSGABEN STABILISIEREN DIE KONJUNKTUR

Die Nachfrage der privaten Haushalte stützt die Konjunktur. Der private Konsum stieg 2001 real um mehr als 1%, obwohl die realen verfügbaren Einkommen stagnierten¹⁾.

¹⁾ Derzeit ist noch nicht sicher, ob Statistik Austria diese WIFO-Konsumrechnung übernimmt, die von den im Bereich der Nahrungsmittel offenbar verzerrten Erhebungsdaten nach oben abweicht.

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer ¹⁾	+2,0	+2,5	+2,8	+2,5	+2,5
Vollzeitäquivalent	+2,4	+2,3	+3,0	+2,7	+2,8
Realeinkommen je Arbeitnehmer ¹⁾					
Brutto	+1,2	+1,0	+0,4	+0,8	+1,1
Netto	+4,3	+1,7	-0,2	+0,3	+0,6
Nettomasseneinkommen, nominell	+3,7	+4,3	+2,5	+2,4	+3,0
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+0,4	-0,1	+2,0	+1,2	+0,0
Sachgütererzeugung	-1,5	-5,1	+0,9	-0,7	-1,8
Relative Lohnstückkosten ²⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	-2,5	-5,8	-0,7	-1,8	-2,1
Gegenüber Deutschland	-1,1	-2,4	-0,1	-1,2	-1,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren					
Nominell	+0,6	-2,7	+0,9	+0,3	±0,0
Real	-1,3	-3,5	+0,3	±0,0	-0,6

¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die privaten Haushalte sparten deutlich weniger, um ihre Konsumwünsche bei schwacher Konjunktur und zusätzlicher Steuerbelastung befriedigen zu können.

Heuer werden die Konsumenten real um etwa 1½% mehr ausgeben als im vergangenen Jahr, das dürfte annähernd ihrem Einkommenszuwachs entsprechen. Mit der Konjunkturerholung werden die verfügbaren Einkommen 2003 vor allem dank kräftiger Beschäftigungszuwächse stärker steigen; in der Folge kann ein höheres Wachstum der Konsumausgaben erwartet werden (+2¼%). Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter (Autos usw.) werden merklich ausgeweitet werden. Die Sparquote wird sich 2003 von ihrem niedrigen Niveau erholen und dem längerfristigen Durchschnitt annähern.

KEINE WEITEREN ZINSENKUNGEN ZU ERWARTEN

Der gesamtwirtschaftliche Preisauftrieb erwies sich heuer auf europäischer Ebene – schon vor dem jüngsten Anstieg der Rohölpreise – als relativ hartnäckig. Die Europäische Zentralbank wird deshalb die Zinssätze voraussichtlich nicht weiter senken. Die Periode sinkender Zinssätze scheint auch in Anbetracht der sich abzeichnenden Konjunkturerholung abgeschlossen zu sein. Wann die EZB die Zinssätze wieder anheben könnte, wird vor allem von der weiteren Preisentwicklung und der Zinspolitik in den USA abhängen.

Infolge der wiederholten Zinssenkungen wird das Zinsniveau auf den Geldmärkten heuer mit 3,5% um fast 1 Prozentpunkt unter dem Durchschnitt der letzten zwei Jahre liegen – real ist es aber im Gegensatz zu den USA noch immer deutlich positiv. Die kurzfristigen Zinssätze werden nach den Annahmen der vorliegenden Prognose im Jahr 2003 spürbar anziehen, die langfristigen schon heuer. Einige Banken erhöhten bereits in den letzten Wochen die Habenzinsen.

PREISAUFTRIEB SCHWÄCHT SICH WEGEN HOHER ROHÖLPREISE LANGSAMER AB ALS ERWARTET

In der zweiten Jahreshälfte 2001 ließ der Preisauftrieb deutlich nach. Entgegen manchen Erwartungen wurde er durch die Euro-Bargeldeinführung nicht beschleunigt. Doppelte Preisauszeichnung, Preisüberwachung und Wettbewerb wirkten sich hier positiv aus. In anderen westeuropäischen Ländern nahm die Teuerungsrate zu Jahresbeginn spürbar zu, in Deutschland insbesondere durch die Anhebung indirekter Steuern. Die Inflationsrate liegt deshalb in Österreich derzeit um ¾ Prozentpunkte unter dem Durchschnitt des Euro-Raums.

Die Inflationsprognose für 2002 wird von 1,4% (Dezember-Prognose) auf 1,7% angehoben, weil die Rohölpreise über den Erwartungen liegen. Die Prognose des Erdölpreises wird wegen der politisch bedingten Turbulenzen auf den Rohölmärkten von 22 \$ auf 24,5 \$ je Barrel hinaufgesetzt.

Die Preise von Nahrungsmitteln und industriell-gewerblichen Waren dürften sich heuer beruhigen. Die Mieten werden jedoch weiter merklich steigen, da sie dem Verbraucherpreisindex nachhinken. Auch für viele Dienstleistungspreise zeichnet sich keine Entlastung ab, in Wien werden die Straßenbahntarife angehoben.

Im kommenden Jahr ist mit einem leichten Rückgang der Inflationsrate zu rechnen. Einige Sondereffekte (Rohöl-, Obst- und Gemüsepreise) fallen weg, und der Konjunkturaufschwung wirkt sich erst mit Verzögerung auf die Preise aus. Letzteres gilt auch für die Löhne.

Im Jahresdurchschnitt 2001 wurden die effektiven Bruttoverdienste je Arbeitnehmer um 2¾% angehoben. Dieser Wert wird jedoch durch eine wachsende Zahl von geringfügig und Teilzeitbeschäftigten gedrückt – die Lohnsteigerung fiel je Vollzeitbeschäftigten mit 3% etwas höher aus. In diesem und im kommenden Jahr ist mit einem durchschnittlichen Einkommenswachstum von 2½% zu rechnen.

STARKER ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT 2002, ABER RÜCKGANG 2003

Auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich noch keine Aufhellung. Die Abschwächung der internationalen Konjunktur und die Baukrise haben die Situation zu Jahresbeginn empfindlich verschlechtert. Die Zahl der Vollzeitstellen, die vor allem von Männern besetzt werden, ist deutlich rückläufig, jene der Teilzeitstellen wurde noch ausgeweitet. Vom Beschäftigungsrückgang besonders betroffen sind die Bauwirtschaft, der öffentliche Dienst und die Post. Die Industriebeschäftigung hielt dem Konjunkturerbruch dank günstiger Exportentwicklung lange Zeit stand, in den letzten Monaten zeigte sich auch hier eine ausgeprägte Abwärtstendenz.

Arbeitsmarkt

	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000				
Nachfrage nach Arbeitskräften					
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	+32,2	+27,7	+15,9	+ 7,1	+26,3
Ohne Präsenzdiener und Karenz- bzw. Kindergeldbezieher	+38,2	+30,8	+15,1	- 2,9	+26,3
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	+31,2	+25,8	+14,4	+ 5,0	+24,0
Ohne Präsenzdiener und Karenz- bzw. Kindergeldbezieher	+37,2	+28,9	+13,6	- 5,0	+24,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in % + 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,8
Präsenzdiener und Karenz- bzw. Kindergeldbezieher ¹⁾	- 6,0	- 3,1	+ 0,8	+10,0	± 0,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 7,8	+13,4	+ 9,5	+ 4,0	+14,0
Selbständige ²⁾	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,3
Angebot an Arbeitskräften					
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter					
15- bis 64-Jährige	+19,8	+25,2	+26,1	+22,9	+19,1
15- bis 59-Jährige	- 2,6	-17,5	-15,6	- 5,5	+ 3,1
Erwerbspersonen im Inland	+16,2	+ 0,3	+25,5	+30,6	+18,3
Ohne Präsenzdiener und Karenz- bzw. Kindergeldbezieher	+22,2	+ 3,4	+24,7	+20,6	+18,3
Ausländer	+ 6,6	+12,0	+14,3	+ 9,5	+10,0
Wanderung von Inländern	+ 3,0	+ 1,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Inländer	+ 6,6	-12,7	+11,2	+21,1	+ 8,3
Ohne Präsenzdiener und Karenz- bzw. Kindergeldbezieher	+12,6	- 9,6	+10,4	+11,1	+ 8,3
Überschuss an Arbeitskräften					
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	-16,1	-27,4	+ 9,6	+23,5	- 8,0
Stand	in 1.000 221,7	194,3	203,9	227,4	219,4
Arbeitslosenquote					
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	3,9	3,7	3,6	3,9	3,8
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,0	5,3	5,5	6,1	5,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	6,7	5,8	6,1	6,7	6,5
Erwerbsquote⁴⁾					
Ohne Präsenzdiener und Karenz- bzw. Kindergeldbezieher ⁵⁾	71,2	71,5	72,2	72,7	73,0
Beschäftigungsquote⁶⁾					
Ohne Präsenzdiener und Karenz- bzw. Kindergeldbezieher ⁵⁾	66,9	67,7	68,2	68,2	68,7

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁵⁾ In % der Bevölkerung (15- bis 59-Jährige). – ⁶⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Für den März 2002 wurde nur deshalb ein Anstieg der Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen, weil Bezieher von Kindergeld, die zuvor beschäftigt waren, in der offiziellen Statistik mitgezählt werden. Außerdem sind die März-Zahlen heuer durch die Lage des Ostertermins (Tourismus) begünstigt.

Auf dem Arbeitsmarkt werden die negativen Auswirkungen des Konjunkturerfalls und der Baukrise zunehmend sichtbar. Im Jahr 2002 dürfte die Zahl der Arbeitsplätze um etwa 5.000 niedriger und die Arbeitslosigkeit um 23.500 höher sein als im Vorjahr. Die Lage wird sich erst mit Verzögerung nach dem Einsetzen des Konjunkturaufschwungs verbessern.

Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte die Zahl der Arbeitsplätze leicht zurückgehen, das nachgefragte Arbeitsvolumen wird geringer. Da das Kinderbetreuungsgeld ei-

nen höheren Zuverdienst ermöglicht als zuvor das Karenzgeld, könnte sich eine Verschiebung von geringfügiger²⁾ zu Teilzeitbeschäftigung ergeben.

Im kommenden Jahr wird der Wirtschaftsaufschwung die Nachfrage nach Arbeitskräften stark erhöhen (+24.000), auch die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze wird ausgeweitet werden.

Die Arbeitslosigkeit nahm in den letzten Monaten bei nur leicht rückläufiger Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr kräftig zu (+38.100 im März). Diese Diskrepanz zur Beschäftigungsentwicklung resultiert aus dem starken Anstieg des Arbeitskräfteangebotes, während die Bevölkerung im Alter von 15 bis 59 Jahren stagniert. Die Hauptgründe dafür sind die beträchtliche Zunahme des Angebotes an ausländischen Arbeitskräften (Saisonniers) trotz der hohen Zahl an Einbürgerungen sowie die Anhebung des Frührentierungsalters.

Die Arbeitslosenquote wird laut traditioneller Berechnungsmethode von 6,1% 2001 auf 6,7% in diesem Jahr steigen. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen dürfte 2002 bei 227.000 liegen. Die Prognose wurde wegen der hohen Winterarbeitslosigkeit gegenüber Dezember leicht angehoben. Im kommenden Jahr ist dank der Konjunkturerholung mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf etwa 6,5% zu rechnen. Dabei werden eine unveränderte Fortführung der aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und eine relativ vorsichtige Zulassung ausländischer Arbeitskräfte unterstellt.

AUSGEGLICHENER STAATSHAUSHALT

Der Staatshaushalt war 2001 erstmals seit drei Jahrzehnten ausgeglichen. Erreicht wurde dies ganz überwiegend durch einen starken Anstieg der Abgabenquote. Auch in den Jahren 2002 und 2003 wird das öffentliche Defizit näher bei der Null- als bei der 1%-Marke liegen.

Der Staatshaushalt war 2001 erstmals seit 1974 ausgeglichen. Die Defizitquote konnte von $-1\frac{3}{4}\%$ des BIP im Jahr 2000 auf 0% verringert werden. Erreicht wurde dies ganz überwiegend durch eine Steigerung der Einnahmen. Nach Berechnungen von Statistik Austria, die an die EU-Kommission übermittelt werden, erhöhte sich die Abgabenquote von 44,0% auf 45,9%. Die Ausgaben des Staates nahmen mit +2% etwas langsamer zu als das nominelle BIP (+3%), sodass die Ausgabenquote des Staates um 0,3 Prozentpunkte zurückging.

²⁾ Die geringfügige Beschäftigung ist in der offiziellen Beschäftigung nicht erfasst, wohl aber in den Erwerbstätigenzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1999	2000	2001	2002	2003
	In % des BIP				
<i>Budgetpolitik</i>					
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-2,5	-1,4	-0,7	-1,0	-0,7
Finanzierungssaldo des Staates	-2,4	-1,7	-0,1	-0,4	0,0
Primärsaldo des Staates	1,3	2,0	3,4	3,0	3,3
<i>Maastricht-Definition</i>					
Öffentliches Defizit bzw. Überschuss ¹⁾	-2,3	-1,5	0,1		
	In %				
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz	3,0	4,4	4,3	3,5	4,2
Sekundärmarktrendite ²⁾	4,7	5,6	5,1	5,5	5,7
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkurs</i>					
Nominell	+1,5	-2,5	+1,0	+0,5	+0,1
Real	-1,1	-3,6	+0,1	±0,0	-0,6

¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. –
²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Das Defizit des Bundessektors lag 2001 bei ¾% des BIP – dies war der geringste Abgang seit 1974 (einen positiven Saldo wies der Bundeshaushalt zuletzt im Jahr 1972 auf). Überschüsse der Länderhaushalte, die vorwiegend mit Auslagerungen aus dem Budget und der Darstellung günstiger Salden entsprechend den Maastricht-Definitionen zusammenhängen, glichen das Defizit des Bundes aus.

Die verzögerten Effekte der Konjunkturabschwächung auf die öffentlichen Haushalte werden es heuer erschweren, das Nulldefizit exakt zu erreichen. Ausgaben-seitig ist mit höheren Belastungen durch die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen, auf der Einnahmenseite werden die Einnahmen aus den Einkommen- und Körperschaftsteuern deutlich zurückgehen. Sie waren 2001 wegen der Anspruchsverzinsung von Steuer-

schulden und der Steuervorauszahlungen wesentlich höher als im Vorjahr. Die Stagnation der Beschäftigung lässt auch die Sozialversicherungsbeiträge und die Lohnsteuereinnahmen heuer nur mäßig zunehmen.

Die Bundesregierung und einige Landesregierungen haben Anfang Dezember Konjunkturpakete geschnürt, die der Konjunkturflaute entgegenwirken sollen. Diese Maßnahmen von relativ begrenztem Umfang sind zu begrüßen und wirken in die erwünschte Richtung. Sie kommen aber erst zu einem Zeitpunkt, zu dem die Konjunktur schon wieder anzieht. Für die Bauwirtschaft, die sich weiterhin in der Krise befindet, bilden sie eine wichtige Entlastung.

Das quantitativ bedeutendste Instrument der konjunkturellen Gegensteuerung sind die automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte, d. h. das Durchschlagen der Steuer- und Abgabenausfälle auf das Budget. Die Bundesregierung senkt allerdings 2002 wieder die Ermessensausgaben (durch eine Bindung) und setzt damit eine diskretionäre restriktive Maßnahme in einem sehr schwachen Konjunkturjahr. Der vollen Entfaltung der Wirkungen von automatischen Stabilisatoren und Konjunkturpaket wird damit entgegengewirkt.

Im Jahr 2003 wird zwar die Wirtschaftsentwicklung mit ihren Auswirkungen auf den Staatshaushalt günstiger sein, eine Reihe budgetärer Sonderfaktoren (z. B. Fondsabschöpfungen) fällt aber weg. Deshalb wird es kaum Spielraum für eine Steuerreform geben, ohne den Pfad des Nulldefizits zu verlassen. Der konkrete Budgetsaldo 2003 wird von den Entscheidungen der Regierung über Steuerreform, Lohnnebenkosten, Beamtenlohnrunde usw. abhängen.

Abgeschlossen am 9. April 2002.